

# Enquete-Kommission zur Hamburger Kinder- und Jugendhilfe

von der FORUM-Redaktion

Derzeit laufen in Hamburg Gespräche zwischen den Bürgerchaftsfraktionen der Linken sowie SPD und Grünen um die Einsetzung einer Enquetekommission zur Hamburger Kinder- und Jugendhilfe. Den Hintergrund dieser Gespräche bilden sowohl die tragischen Tode einer Reihe von Kindern in den vergangenen Jahren als auch Veränderungen in Struktur, Inhalten und Ausrichtung der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe. Offen ist noch, welchen konkreten inhaltlichen Auftrag eine solche Kommission bekommen soll, die Positionen bewegen sich hier zwischen einer ausschließlichen Orientierung auf Fragen des Kinderschutzes und einer umfassenderen Betrachtung des Gesamtarbeitsfeldes.



Um zu verstehen, warum eine solche Enquete-Kommission in der aktuellen Situation nützlich und hilfreich sein kann (ohne an dieser Stelle die Wirkmächtigkeit einer solchen Instanz zu überschätzen, siehe weiter unten) erscheint zunächst ein Blick in die jüngeren Entwicklungen im Rahmen der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe sinnvoll.

Der Ausbau von Ganztagschulen in Hamburg hatte erhebliche Auswirkungen auf Arbeitsfelder wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Kindertagesbetreuung. Dabei wurden der einen (OKJA) mit dem pauschalen Hinweis auf die zukünftig reduzierte Zeit, die Kinder und Jugendliche als Freizeit zur Verfügung haben, erhebliche finanzielle Mittel entzogen. Die andere wurde als Kooperationspartner von vielen Schulen zuständig für die nachmittägliche Betreuung bei einer gleichzeitigen Absenkung von bisher im Kita-Bereich geltenden Standards.

Die fast zeitgleich eingeführten sogenannten „Neuen Hilfen“, die in der Folge zum Programm der „Sozialräumlichen Hilfen und Angebote“ wurden, veränderten sowohl die Angebotslandschaft im Bereich der OKJA als auch der Hilfen zur Erziehung. Die im Programm vorgesehene Verknüpfung von infrastrukturellen Maßnahmen mit (auch) intensiveren Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien traf auf eine durch die vorhergegangenen Kürzungen finan-

ziell geschwächte Infrastruktur (OKJA) mit der Folge, dass sich vergleichsweise wenige Einrichtungen offensiv an diesem Programm beteiligen (können). Eine unklare und diffuse gesetzliche Verortung des Vorhabens im Kontext der Regelungen im SGB VIII führte aufgrund der Klage eines HzE-Trägers zum Urteil eines Hamburger Verwaltungsgerichtes, dass die herrschende Praxis unter Bezug sowohl auf grundgesetzliche Regelungen (Berufswahlfreiheit) als auch mit konkretem Bezug auf den im SGB VIII normierten Rechtsanspruch auf HzE verwarf. Welche Rolle dieser fachliche Ansatz zukünftig spielen wird, ist in der Folge dieses Urteils bisher offen, ebenso unklar bleiben damit sowohl die zukünftige Rolle der Hilfen zur Erziehung als auch des Allgemeinen Sozialen Dienstes, dem im Zuge der SHA erhebliche Steuerungs- und Kontrollfunktionen zugeschrieben wurden.

In der Folge der tragischen Tode mehrerer Kinder in den vergangenen Jahren – von denen sich die meisten in öffentlicher Erziehung befanden – wurden umfangreiche Neuregelungen beschlossen, wesentlich den ASD betreffend. Untersuchungen und Aufarbeitungen von Todesfällen im Rahmen parlamentarischer Untersuchungsausschüsse stellten – neben Fragen nach der Ressourcenausstattung im ASD, und der Arbeitsorganisation – vor allem die Suche nach vermeintlich Schuldigen in den Fokus. Dabei entstand zunehmend der Eindruck eines Verständnisses von Kinderschutz als ausschließlich orientiert an einem individuellem Versagen von Familien. Strukturell bedingte Gründe für das Scheitern von Familien wie das auch in Hamburg auf hohem Niveau verharrende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen unter realen Armutsbedingungen spielen in der Diskussion (bisher) keine Rolle.

Bundesweit steigen die Zahlen der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen.

Unhinterfragt bleibt auch eine herrschende Sichtweise auf Kinderschutz, die – insbesondere bezogen auf Jugendliche – nicht eine tatsächliche oder vermutete Gefahr für Kinder zum Inhalt hat, sondern sich auf von ihnen begangene Straftaten bezieht ( aufgrund von Meldungen durch die Hamburger Polizei an den zuständigen ASD). Eine solche Zuordnung von Delinquenz-Verhalten in den Bereich der Kindeswohlgefährdung belastet die Wahrnehmung tatsächlicher Kinderschutzaufgaben der betroffenen Institutionen und ist jugendhilfepolitisch nicht zu rechtfertigen.

Im Zuge der Debatte um die Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung ( hier haben die Bundesländer Hamburg und Bremen beschlossen, eine solche – gemeinsam betriebene – in Bremen einzurichten ) wurde deutlich, dass durch die Verweigerung von Jugendhilfeträgern aus dem Bereich der HzE, auch solche Kinder und Jugendlichen aufzunehmen, denen besondere Auffälligkeiten zugeschrieben werden, es zu Jugendhilfekarrieren kommt, an deren Ende oft die GU steht, mit allen Folgen für die Betroffenen.

Bundesweit steigen die Zahlen von Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen. Wurden 2012 noch 40.277 Kinder in Obhut genommen, waren es 2013 bereits 42.123 und 2014 stieg die Zahl auf 48.059 (1). Vergleichbare Zahlen für Hamburg lauten 1.632 (2012) und 1.866 (2013) (2). Auch wenn man einen Teil dieser Inobhutnahmen dem Zuzug minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter zuschreibt, macht diese Entwicklung doch deutlich, dass die Jugendhilfe aktuell nicht wirklich auf einem guten und erfolgreichen Weg ist, wenn es darum geht, das Scheitern und Auseinanderbrechen von Familien zu verhindern.

Die Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention steht sowohl im Rahmen von Landesgesetzen als auch in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe auf der Tagesordnung.

## Alle Arbeitsfelder in den Blick nehmen

Die genannten Gründe – die sich in aller Regel auf einer strukturellen Ebene bewegen – lassen schon aus diesem Grund eine Verengung der Auftragslage einer Enquetekommission ausschließlich auf Fragen des Kinderschutzes nicht zu. Stattdessen muss es darum gehen, alle Arbeitsfelder der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe in den Blick zunehmen bzgl. ihrer derzeitigen Aufgabenstellung und Ausstattung.

## Die Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen steht auf der Tagesordnung.

Für die Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, d.h. die relevanten zuwendungsfinanzierten Einrichtungen bedeutet dies insbesondere die Klärung der personellen und sächlichen Ausstattung, ihrer Funktion und Rolle im Verhältnis zu Ganztagschulen aber auch ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und Ausgestaltung im Rahmen großstädtischer Milieus und Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Hüten sollte man sich allerdings vor überzogenen Erwartungen an die Wirksamkeit einer solchen Kommission. Bereits die Enquete-Kommission Jugendkriminalität in den Jahren 1998/2000 hatte formuliert, dass „...die gesetzlich verankerte, jedoch nicht mit einem individuellen Rechtsanspruch abgesicherte Verpflichtung des Staates zur Gewährleistung einer ausreichenden Infrastruktur der Jugendarbeit in Hamburg nur unzureichend umgesetzt wird“ und gefordert, „den Leistungsbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vollständig, d.h. inklusive der Personalstellen der kommunalen Einrichtungen, aus der Haushaltskonsolidierung herauszunehmen“. (3)



Foto: M. Kalde

Umgesetzt wurde diese Empfehlung jedoch nie, im Gegenteil führte der kurz danach stattfindende Politikwechsel in Hamburg (CDU und Schill-Partei) dazu, dass diese Empfehlungen „in der (Hamburger) Bürgerschaft keine politischen Mehrheiten mehr fanden“. (4)

Mindestens so wichtig, wenn nicht sogar wichtiger wie die Kommission selber, sind vor diesem Hintergrund deren externe Begleitung durch die Hamburger Fachwelt und der fachöffentliche Diskurs sowohl betreffend die Ergebnisse der Arbeit der Kommission als auch von Themen, die die Kommission nicht selber auf ihre Agenda gesetzt hat.

## Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Statistik-Portal Statista, „Anzahl der Inobhutnahmen Minderjähriger in Deutschland 1995 bis 2014“, <http://statista.com/statistik/daten>.
- 2) Hamburger Kinderschutzberichte 2012 und 2013
- 3) Manfred Kappeler: Die Verkehrung ins Gegenteil. Erinnerungen an die jugendpolitischen Empfehlungen einer Enquete-Kommission, in: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, Ausgabe 2/2007, Seite 6
- 4) ebenda, Seite 5